

Rede von Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch zum 8. Mai 1945

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir erinnern heute daran, dass am 8. Mai 1945 – also heute vor 75 Jahren – der von uns Deutschen angezettelte Zweite Weltkrieg zumindest in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches beendet wurde.

Es wird aktuell wieder darüber diskutiert, was dieser 8. Mai 1945 für uns war und ist. Bezeichnet er eine Niederlage, einen Untergang oder ist er ein oder der Tag der Befreiung?

Wir sind eine pluralistische Gesellschaft. Deshalb werbe ich darum zu respektieren, dass die individuelle Sicht auf dieses Datum auch eine Frage der individuellen Perspektive war und ist.

In der Perspektive der Historiker war der 8. Mai 1945 für viele, für sehr viele Menschen ohne Zweifel ein Tag der Befreiung.

Ich denke dabei an die Millionen Menschen in den bis zum Schluss besetzten Gebieten.

Ich denke dabei an die vielen Tausenden in den Konzentrationslagern, in denen bis zum Schluss gemordet wurde.

Ich denke dabei an die Millionen Kriegsgefangenen, die unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern zusammengepfercht waren.

Ich denke an die unzähligen Menschen, die zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt und dort brutal ausgebeutet worden sind.

Ich denke aber auch an die Deutschen.

Nur der Sieg der Alliierten und die bedingungslose Kapitulation, nur die Niederlage haben uns Deutsche von der nationalsozialistischen Diktatur befreit.

Wir Deutschen hatten und haben einen brutalen Raub- und Eroberungskrieg, einen weltanschaulichen Vernichtungskrieg, das millionenfache Morden, den Versuch der vollständigen Vernichtung der europäischen Juden sowie die materielle und seelische Verwüstung Europas zu verantworten.

Viele, sehr viele Deutsche waren an der Errichtung der Diktatur und am Vorbereiten und Führen des Krieges beteiligt. Nur sehr wenige hatten den Mut zum Widerstand.

Wir selbst haben uns weder der Anfänge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wirksam erwehrt, noch haben wir die Kraft, die Courage und den Willen aufgebracht, die offen menschenverachtende und menschenvernichtende Diktatur abzuschütteln.

Deshalb mussten wir Deutsche befreit werden, um eine Chance auf einen Neuanfang, auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu gewinnen. Dass diese Chancen auf ein Leben in Freiheit ungleich verteilt waren in Deutschland, ist jedem von uns bewusst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dafür, dass die Perspektive bis heute für sehr viele Zeitzeugen durch ihr ganz individuelles Erleben des Kriegsendes geprägt ist und dass dies auch familiär weitergegeben wird, dafür, dass es da nicht selten ein Sowohl-als-auch gibt, habe ich sehr viel Verständnis. Ich denke dabei stellvertretend etwa an die heimatvertriebenen oder an die ausgebombten Menschen und nicht zuletzt an die vielen misshandelten Frauen.

Aber dies darf kein Grund und keine Rechtfertigung dafür sein, die Bezeichnung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung als die Befreiung eines unschuldigen Volkes misszuverstehen.

Es lässt Sie sicher ebenso wie mich zusammenzucken, wenn nach einer aktuellen Umfrage der Wochenzeitung DIE ZEIT 53 Prozent der Befragten der These zustimmen – ich zitiere:

„Die Masse der Deutschen hatte keine Schuld, es waren nur einige Verbrecher, die den Krieg angezettelt und die Juden umgebracht haben.“

Deshalb stand und steht über allem der zentrale mahnende Satz aus der historischen Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985:

„Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir Ostdeutschen tragen für den Umgang mit dem 8. Mai 1945 eine besondere Verantwortung.

Denn wir Deutschen in der DDR haben unsere Mitverantwortung für die nationalsozialistische Diktatur und den Zweiten Weltkrieg aus ideologischen Gründen nie ganzheitlich angenommen. Das gilt in ganz besonderer Weise für den versuchten Völkermord an den europäischen Juden.

Von Kindesbeinen an ist uns die Erzählung vermittelt worden, wir stünden auf der Seite der Sieger, auch weil in der DDR im Unterschied zur Bundesrepublik aus der nationalsozialistischen Diktatur die historisch richtigen Lehren gezogen worden seien.

Dies war ein Gründungsmythos der DDR. Er hatte Folgen für den in der DDR gelebten Antifaschismus. Alternative Deutungen des 8. Mai 1945 konnten dabei oft nur in kirchlichen, intellektuellen, künstlerischen oder – zum Ende der DDR hin – in politischen Oppositionskreisen stattfinden.

Für eine offene gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Täterschaft und Mittäterschaft auch der Deutschen in der DDR und ihren vielfältigen Ursachen, mit der Schuld dieses Teils des deutschen Volkes war da kaum Raum.

Bedeutete die Rede Richard von Weizsäckers am 8. Mai 1985 für die Westdeutschen die Übernahme der ganzen, ungeteilten Last der Geschichte, so bewirkte dies für uns Ostdeutsche ein Beschluss der am 18. März 1990 frei gewählten Volkskammer.

Auf Antrag aller Fraktionen heißt es dort:

„Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma.“

Und weiter:

„Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte. Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigungen jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“

Und schließlich:

„Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.“

Diesem 30 Jahre alten Beschluss der Volkskammer ist nichts hinzuzufügen. Diese Botschaft ist elementarer Bestandteil unserer Staatsräson. Sie muss es bleiben. Unbedingt.

Meine Damen und Herren!

Ich bitte Sie, sich im Gedenken an die Toten des durch uns Deutsche angezettelten Zweiten Weltkrieges und der durch uns über ganz Europa und andere Teile der Welt ausgebreiteten Gewaltherrschaft von Ihren Plätzen zu erheben.

Ich danke Ihnen.